



## LANDESBEZIRKSVORSTAND

## Des Kaisers neue Kleider oder: Herren tragen lange Hosen

**B**ewohner und Besucher unserer Stadt können ein angemessenes und – auch optisch korrektes – Auftreten der Polizeibeschäftigten erwarten. Auftreten und Verhalten der Polizeibeschäftigten sind schon jetzt zum allergrößten Teil professionell, situationsangemessen und einwandfrei. Unsere Kolleginnen und Kollegen wissen, wie sie sich situationsbedingt und unserem Berufsstand angemessen verhalten müssen. Dies vor allem aufgrund des eigenen Berufsverständnisses und der guten Ausbildung heraus, die alle erhalten haben.

Vereinzelt vorkommendes Fehlverhalten oder „individuelles Auftreten“ ist bei Großorganisationen immanent und unvermeidlich, auch wenn generell solch ein Verhalten natürlich nicht angestrebt werden soll – und kann im Einzelfall bereits jetzt unter Anwendung bestehender Vorschriften regelnd korrigiert werden. Die GdP ist der Ansicht, dass sich aufgrund einer Trageanweisung und der Erinnerung an diese möglicherweise vereinzelt auffällig gewordene Beschäftigte mehr Mühe bei der Gestaltung des äußeren Erscheinungsbildes geben als vorher.

Es ist fraglich, ob mit einer übergeordneten Regelungswut jeder Einzelfall geregelt werden muss. Im Geiste von Toleranz und Vielfältigkeit ist zu unterscheiden zwischen dem „mündigen Bürger in Uniform“ und einem übertriebenen „Uniformismus“. Dabei muss i. S. eines zeitgemäß interpretierten kooperativen Führungssystems der vermittelnde Charakter eindeutig Vorrang vor erzwingenden und rein repressiven Maßnahmen haben. Insofern ist eine Regelung schon dann als schädlich anzusehen, wenn sie von Formulierungen wie „durchsetzen“ bestimmt ist und der Leser die Vorschrift eher als Druckmittel anstelle gemeinsam getragener Philosophie versteht.

Die neu einzuführende Uniform mit den vorgegebenen Einzelteilen ist die zukünftige Arbeitskleidung für unsere Kolleginnen und Kollegen. Individu-

elle Bedürfnisse wie Temperaturempfindlichkeit, Wohlfühlgefühl und geschmackliche Freiheit in der Nutzung der angebotenen Uniformteile sind ... nahezu ausgeschlossen und schränken die freie Entscheidung zu sehr ein. Darüber hinaus macht die derzeitige Grundausstattung ein einheitliches Auftreten nahezu unmöglich.

Die geplanten Vorgaben zu „sauberer und angemessener“ Kleidung im zivilen Bereich gehen eindeutig zu weit. Modisches Empfinden, individuelle Gestaltungsfreiheit und auch offizielle Repräsentanz unterliegen einer ständigen Weiterentwicklung – behördliche Vorgaben haben darauf auch nach höchstrichterlicher Rechtsprechung Rücksicht zu nehmen! Hier Entwicklungen wie „Hemd über der Hose“, „verwachsene Kleidung“ oder Ähnliches verbieten zu wollen, steht jeder vernünftigen Auseinandersetzung entgegen und ist ein kleingeistiger Versuch, gesellschaftliche Entwicklungen und Gewohnheiten um Jahrzehnte zurückdrehen zu wollen. Legere Bekleidung ist heute gesellschaftlich akzeptiert und stellt für kaum eine Bevölkerungsgruppe noch ein Problem dar (selbst die gern zitierte Bankenbranche lässt auch im Bereich des Kundenkontaktes viele Variationen an Bekleidungsmöglichkeiten zu). Dies ist auch unter der Berücksichtigung von Zurückhaltungs- und Neutralitätsaspekten nicht anders zu sehen. Generell bleibt



Ist das so auch geregelt?

festzustellen, dass eine Trageanweisung in jedweder Form von der großen Mehrheit als überflüssig, weil erfüllt angesehen wird und lediglich einem Bruchteil der Beschäftigten als gut gemeinte Orientierung dienen könnte.

Abschließend bleibt zu erwähnen, dass eben im Sinne von Anerkennung spezifischer Unterschiede auch eine Trageanweisung in ihren Formulierungen die Unterschiede von weiblicher und männlicher Bezeichnung beachten darf und sollte. Im Rahmen der Gleichbehandlung beider Geschlechter reicht es eben nicht aus, aus „Einfachheitsgründen“ zu erwähnen, auf die weibliche Form der Begriffe verzichten zu wollen.

Wir sind gespannt, ob die Polizeiführung auf unsere Kritikpunkte eingeht und Abstand von einer so ausführlichen und damit in zu vielen Punkten „Trageanweisung“ nimmt.

Der gesamte Text sowie die Kritik in einzelnen Punkten ist auf der Homepage der GdP Hamburg unter [www.gdp-hamburg.de](http://www.gdp-hamburg.de) nachzulesen.

*Der Landesbezirksvorstand*

## Bedenken gegen Öffnungsklauseln

**G**egen gesetzliche Öffnungsklauseln für Flächentarifverträge hat sich die Bundesarbeitsgerichts-Präsidentin Ingrid Schmidt ausgesprochen.

Sie habe „größte verfassungsrechtliche Bedenken, ob gesetzliche Öffnungsklauseln, die tarifliche Abweichung in das

Belieben der Betriebsparteien stellen, überhaupt möglich wären“, sagte Schmidt der „Berliner Zeitung“. **Rolf Thiel**

• Des Kaisers neue Kleider	Seite 1
• Bedenken gegen Öffnungsklauseln	Seite 1
• GdP beim Tag der offenen Tür am PK 34	Seite 2
• Ist Dienstzeit unendlich?	Seite 2
• Warnstreik – demonstrative Aktion von GdP und ver.di	Seite 3
• „Neue“ Gesetze für die Polizei	Seite 4
• Nur Bildungsurlaub?	Seite 4
• Informationen für Senioren	Seite 6
• Erzähl' mir was vom Tod	Seite 6
• Cargohose auch für den WS	Seite 7
• GdP-Fußballturnier der FG-WSP ein voller Erfolg!	Seite 7
• Wir gratulieren	Seite 8
• Peter Leiste wird 60	Seite 8

## REDAKTIONSSCHLUSS

für die August-Ausgabe ist der 7. Juli 2005.

## Deutsche Polizei

### Ausgabe:

Landesbezirk Hamburg

### Geschäftsstelle:

Hindenburgstraße 49  
22297 Hamburg  
Telefon (0 40) 28 08 96 -0  
Telefax (0 40) 28 08 96 -18  
E-Mail: gdp.hamburg@gdp-online.de  
www.gdp-hamburg.de

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:  
Montag bis Mittwoch 7.30 bis 16.00 Uhr  
Donnerstag 7.30 bis 16.30 Uhr  
Freitag 7.30 bis 14.00 Uhr

### Redaktion:

Jörn Clasen (Vi.S.d.P.)  
Tresckowstraße 31  
20259 Hamburg  
Telefon (0 40) 40 60 30  
E-Mail: joernclasen@web.de

### Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-183  
Telefax (02 11) 71 04-222  
Anzeigenleiter: Michael Schwarz  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29  
vom 1. Januar 2005

### Anzeigen-Repräsentant:

Walter Grote  
Odenwaldstraße 14, 20255 Hamburg  
Telefon (040) 40 94 34

### Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6438

## LANDESBEZIRKSVORSTAND

# GdP beim Tag der offenen Tür am PK 34

**Die lachende Sonne über dem Veranstaltungsgelände – 33°, gute Laune und vieles zu entdecken und erleben. Die besten Voraussetzungen für einen gelungenen Tag der offenen Tür, den die Kolleginnen und Kollegen des PK 34 mit Bravour organisierten.**

Viele Anwohner des Reviergebietes, Familienangehörige, Freunde und Bekannte nutzen den fast schon zu heißen Tag, um an den vielen Angeboten des offenen Tages teilzunehmen. Kaum verwunderlich, dass sich gerade die Getränkestände besonderer Beliebtheit erfreuten. Crash-Tests, Fahrsimulatoren, Riesen-Kicker und, und, und brachten für Groß und Klein ein angenehmes und angenommenes Rahmenprogramm. Die Beschäftigten des PK 34 haben sich viel Mühe gegeben und ein tolles Programm für alle auf die Beine gestellt. Danke dafür! Und der immer gut besuchte Bus der GdP wieder einmal mittendrin. Die Ehrenamtlichen der GdP, Sylvia Silvester, Susanne Rauch, Ralf Meiburg, Jörg Kagens und Rita Banthin, mit toller Unterstützung unserer „Sozialwerklerin“ Inge

Meyer und unseres Landesvorsitzenden André Bunkowsky, führten viele Gespräche mit interessierten Kolleginnen und Kollegen und halfen direkt in

gewerkschaftlichen und dienstlichen Fragen. Und wie immer erfreuten sich die „giveaways“ großer Beliebtheit, die verschenkten Malbücher erfreuten so manch Kinderherz. Die GdP bedankt sich für die Einladung zum gelungenen Tag – eine tolle Veranstaltung, die dem Bürger unsere Polizei wieder einmal ein gutes Stück näher gebracht hat.

**Der Landesbezirksvorstand**



**Auch diesmal ständig umringt: Der GdP-Bus!**

## Ist Dienstzeit unendlich?

**Fast täglich führen Groß-Einsätze in der Hamburger Polizei zu extremen Belastungen. Mit den bereits bekannten Einsatzanlässen wird die Hamburger Polizei, wenn sich nichts ändert, einen Überstundenberg von über 1 Million erreichen. Allein im ersten Quartal 2005 stieg die Überstundenzahl um 65 000 auf 812 000 Stunden an.**

Überstunden, die auf Grund der Einsatzlage nicht abgebaut werden können. Außerdem ist eine finanzielle Vergütung nicht möglich, weil kein Geld dafür im Hamburger Haushalt vorgesehen ist. Während in 2004 noch 80 000 € für einen finanziellen

Ausgleich „ausgegeben“ wurden, sind im ersten Quartal 2005 lediglich 4000 € als finanzielle Vergütung ausgezahlt worden.

Es geht in der Kräftealkulation der Polizeiführung aber auch anders, wie wir an einem Samstag nach unseren Protesten feststel-

len konnten. Unbestätigt soll der Innensenator verfügt haben, dass samstags bei einem Infostand in Harburg, einem Aufzug von Afghanen, dem Saisonabschluss des HSV und der deutschlandweit größten Open-Air-Übertragung des Eurovision auf dem Spielbudenplatz keine AAH aufzurufen sei.

Und es lief nach den Erkenntnissen der eingesetzten Kolleginnen und Kollegen problemlos, wenn auch sehr lange ...

**Jürgen Lamp**

LANDESBEZIRKSVORSTAND

# Warnstreik – demonstrative Aktion von GdP und ver.di

**D**ie Gewerkschaft der Polizei und ver.di haben am 24. 5. 2005 gemeinsam zum Warnstreik vor dem Polizeipräsidium aufgerufen. Beginnend mit einer Demonstration vom Bahnhof Alsterdorf setzten sich ca. 300 Beschäftigte eindrucksvoll Richtung PP in Bewegung. Leider gestattete die Versammlungsbehörde ein Auftreten unmittelbar vor dem Präsidium nur mit einer 30-köpfigen Delegation, da befürchtet wurde, dass ansonsten der freie Zugang und die Zufahrt zum PP und Polizeigelände nicht gewährleistet werden könnte. Stattdessen wurde es lieber in Kauf genommen, die Hindenburgstraße für mehrere Stunden für den Straßenverkehr zu sperren.

Die Kundgebung fand in engagierter und lockerer Atmosphäre statt – André Bunkowsky, Landesvorsitzender der GdP, Wolfgang Rose, Bezirksvorsitzender ver.di sowie Erhard Pumm, Vor-

Dynamisierung von Urlaubsgeld und Sonderzahlung, die Festschreibung der 39-Stunden-Woche sowie die Einmalzahlung von 300 Euro jeweils in den kommenden drei Jahren sind hier die



In action: André Bunkowsky

sitzender DGB-Hamburg, informierten mit deutlichen Worten über die gewerkschaftlichen Absichten und Kritiken.

GdP und ver.di fordern die wertgleiche und unverzügliche Übernahme des Tarifabschlusses Bund und Kommunen auch auf die Länder. Unter dem Motto „Herr Bürgermeister – übernehmen Sie!“ wurde klar gemacht, dass die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes in Hamburg für die gleiche Arbeit auch die selbe Bezahlung erwarten können. Zusammenfassung und

Kernpunkte. Es kann nicht sein, dass erst durch politische Entscheidung den Beamten das Geld genommen wird und anschließend mit einer perfiden Gerechtigkeitsdebatte den Angestellten vorgeworfen wird, sie müssen auf das Niveau der Beamten angepasst werden.

Darüber hinaus formulierte der Landesvorsitzende André Bunkowsky energisch die Erwartung an die Polizeiführung, endlich von ihrer verfassungswidrigen Position abzurücken und es sofort zu unterlassen, Angestell-



GdP und ver.di: ein gemeinsamer Warnstreik

ten in der Polizei die Teilnahme an Warnstreiks zu verbieten. Dieses rechtswidrige Verhalten führt schon jetzt dazu, dass Kolleginnen und Kollegen verängstigt sind und sich nicht mehr trauen, an Warnstreiks teilzunehmen. Die GdP führt jetzt zu diesem skandalösen, bundesweit einmaligen Verhalten ein vom Bund als Musterverfahren unterstütztes Klageverfahren! Wir kämpfen für das Streikrecht und für die ungehinderte Wahrnehmung von für alle gültigen Grundrechten!

Begleitet wurde die Veranstaltung durch ein wieder einmal

gelungenes Rahmenprogramm, in dem die mittlerweile zum Kult avancierten Duo „Alma Hoppe“ zur aktuellen politischen Situation und auch zur neuen Uniform Stellung nahm – schließlich, so Alma Hoppe – Landwirt „Bauer Harms“ „kenne man sich ja mit Bullen aus“...

Ein gelungener Baustein in einer Reihe von Protestmaßnahmen, die noch folgen werden – liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen dabei weiter auf eure Unterstützung

Rolf Thiel



Bauer Harms von Alma Hoppe klärt über „Bullen“ auf...

# „Neue“ Gesetze für die Polizei: HmbSOG und GesDatVPol

**A**m 8. 6. 2005 verabschiedete die Hamburgische Bürgerschaft das „Gesetz zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit in Hamburg“. Darin sind die Veränderungen der Gesetze HmbSOG (Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung) und GesDatVPol (Gesetz über die Datenverarbeitung der Polizei) enthalten. Die Gewerkschaft der Polizei war von Anfang an im Diskussions- und Entstehungsprozess des Gesetzes eingebunden und hat sich stets konstruktiv am Gesetzgebungsprozess beteiligt. Was ändert sich nun für die Kolleginnen und Kollegen? Und: ist dieses Gesetz nun das „schärfste, modernste oder härteste Gesetz“, wie im Vorfeld im Rahmen politischer Diskussionen und Kesselschlachten so schnell beteuert wurde?

Dazu vorweg: Die GdP hat notwendige Änderungen der Hamburger Gesetze, die tägliches Handwerkzeug für alle Beschäftigten der Polizei in Hamburg sind, seit langem gefordert und formuliert. Dabei stand nicht nur die schon viel zu lang ungelöst gebliebene Regelung zum finalen Rettungsschuss im Vordergrund. Insofern begrüßen wir auch die nun verabschiedeten Änderungen in den einigen Bereichen als notwendig und erforderlich. Zeitpunkt und Art der Ankündigung waren bei diesem wichtigen und eigentlich von großer Sachlichkeit geprägten Thema aber absolut unpassend. Es bleibt dabei, dass – zur Ablenkung von der massiven öffentlichen Kritik an den Sparbeschlüssen des Senats zum Nachteil der Polizei – ohne Notwendigkeit polemisch und mit großem „tam-tam“ seitens der Politik das „härteste Polizeigesetz Deutschlands“ angekündigt wurde. Auch in der Folgezeit – obwohl die GdP frühzeitig zur sachlichen Diskussion aufgefordert hat – wurde viel Kraft und Zeit für unnötiges politisches Getrommel verschwendet. Die Gesetzesentwicklung war nach Ansicht der GdP viel zu wichtig, aber auch so unspektakulär, als das deshalb ein unnötiges Getöse hätte entfacht werden müssen. Letztlich besannen sich jedoch auch die politischen Bereiche –

die Gewerkschaft der Polizei wurde von ALLEN politischen Fraktionen um sachliche Mithilfe gebeten, der Landesvorsitzende André Bunkowsky war als Experte in der Fachanhörung des Innenausschusses eingeladen. Die GdP hat auf diesem Weg als einzige Berufsvertretung direkt und persönlich am Entwicklungsprozess teilgenommen und ihre Fachlichkeit eingebracht. Unsere Bewertung der wichtigsten Änderungen im Einzelnen:

## Aufenthaltsverbot

Die Ausweitung des Aufenthaltsverbotes auf eine Dauer bis maximal zwölf Monate, auszusprechen für den Bereich ganzer Stadtteile, dürfte in der Praxis eher zu Problemen bei der Kontrolle und Durchsetzbarkeit führen. Diese Regelung ist nach Ansicht der GdP zu weit reichend und verfassungsrechtlich fraglich; dies wurde in der Anhörung auch von den teilnehmenden Rechtsprofessoren so eingeschätzt. Das Bundesverfassungsgericht beschrieb ein sechsmonatiges Aufenthaltsverbot als „gerade noch mit dem Grundrecht auf Freizügigkeit vereinbar“. Der legitime Aufenthalt in Wohnungsnähe, Einkaufsbereichen und Arbeitsumgebung darf nicht derart massiv eingeschränkt werden; dies gilt auch für die vom Senat

beschriebene Zielgruppe (Droge-dealer, Hooligans, Täter aus dem Bereich der häuslichen Gewalt). Wenigstens wurde aufgrund unserer Kritik auf die Ausdehnung aufs gesamte Hamburger Stadtgebiet verzichtet.

## Unterbindungsgewahrsam

Der verlängerte Unterbindungsgewahrsam bis zu zwei Wochen wird insbesondere als Handlungsoption für Fälle von Dauerveranstaltungen wie die kommende Fußballweltmeisterschaft angeboten, bei der Hooligans längerfristig in Gewahrsam genommen werden könnten. Nach bisheriger bundesweiter polizeilicher Erfahrung ist eine Ingewahrsamnahme bis vier Tagen Dauer (Ausnahme die Fälle der Wegweisung) völlig ausreichend. Jetzt steht aus polizeilicher Sicht die Realisierung der technischen und tatsächlichen Möglichkeiten vornan. Wenn ein polizeilicher Gewahrsam über so eine lange Zeit gewollt ist, dann müssen auch schnellstens alle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Es gibt kein Polizeigewahrsam, Revierwachen sind schon gar nicht auf so lange Unterbringungen eingestellt. Hier sind klare und verbindliche Regelungen mit der Justiz zu treffen – oder ein Polizeigewahrsam inkl. aller technischen Notwendigkeiten einzurichten und zu finanzieren.

## Lageabhängige Kontrolle

Die lageabhängige Kontrolle wird zukünftig die bestehende Rechtslücke bei sog. „Anhaltmeldungen“ schließen. Hier ist in der Vergangenheit eine klare Regelung vermisst worden, sie bietet den Kolleginnen und Kollegen nun ein Stück mehr Rechtssicherheit. Die GdP hat jedoch angemahnt, dass polizeilichem

Einschreiten immer ein Verdachtsgrad vorwegzugehen sollte – ein anlassfreies Einschreiten ohne wirkliche Begründung würde die Grenze zum willkürlichen Handeln überschreiten. Jeder Polizist sollte letztlich immer noch „zum Nachdenken verpflichtet“ bleiben. Insofern ist zu begrüßen, dass unserer Kritik gefolgt wurde und von der anfangs geplanten „verdachtsunabhängigen Kontrolle“ abgesehen wurde und zumindest auf bestimmte Lageerkenntnisse abgestellt werden soll.

## Finaler Rettungsschuss

Die rechtliche Regelung des finalen Rettungsschusses wird ausdrücklich begrüßt. Der mögliche Einsatz in diese Richtung belastet jede/-n betroffene/-n Kollegin/-gen genug. Jeder mögliche Schütze ist letztlich in der Verantwortung. Da stellt eine verbindliche Regelung, wie jetzt eingeführt, ein wichtiges Fundament dar.

## DNA-Material

Die Erhebung von DNA-Material bei vermissten Personen und unbekanntem Toten ist zu begrüßen, sie erleichtert die polizeiliche Arbeit. Hier ist die GdP auf Bundesebene initiativ dabei, weitere Lockerungen zu erreichen, um auch auf Strafverfolgungsebene erleichternde Regelungen zu realisieren. Es ist sinnvoll, bundeseinheitliche Richtlinien zu erreichen.

## Videüberwachung

Die mobile Videüberwachung wurde als einer der Kernpunkte der Gesetzesänderungen extensiv dargestellt. Videüberwachung mag in örtlich und deliktisch begrenzten Bereichen die polizeilichen Handlungsmög-

LANDESBEZIRKSVORSTAND

lichkeiten erweitern; so erfolgreich, wie öfters dargestellt, war eine Videoüberwachung bisher nicht, es existiert bundesweit noch keine einzige Studie, die einen Erfolg zweifelsfrei belegt. Dennoch darf polizeiliches Handeln auch neue Versuche beinhalten. Um hier aber auch dem Bürgerbedenken und dem Datenschutz entgegenzukommen, vertritt die GdP die Meinung, dass VÜ nur dann durchgeführt werden darf, wenn deutlich sichtbar auf sie hingewiesen wird, wenn die Bilder auch zeitgleich überwacht werden und nicht etwa nur irgendwo auf eine Monitorwand zugeschaltet wird. Die polizeiliche Präsenz muss dann aber auch so verstärkt werden, dass nach Feststellen von Straftaten auch sofort eingeschritten werden kann. Kriminalität muss immer noch bekämpft und nicht beobachtet werden. Es bleibt die Frage, ob die doch immensen Kosten für die Anschaffung und den Betrieb von

Videoplanen nicht anders in die Polizei hätten investiert werden können, ein Allheilmittel ist die VÜ sicher nicht.

Taser

Die Einführung von zwei Elektroimpulsgeräten („Taser“) wurde mit großer „Begleitmusik“ verkündet. Dieses Einsatzgerät kann im Einzelfall die Einsatzvarianten vergrößern, sie macht also Sinn. Es wird aber immer nur eine Möglichkeit für Spezialeinheiten bleiben, ist für die alltägliche Polizeiarbeit eher untergeordnet zu sehen.

Videoaufzeichnung in Streifenwagen

Eine neue Variante zur Eigen-sicherung der Polizisten und zur Dokumentation von Einsatzge-schehen. Sie kann die Beweis-

führung verbessern und ist zu begrüßen. Sie stellt aber ein wei-teres, Fahrer und Beifahrer for-derndes Einsatzgerät dar. Dem-entsprechend verantwortlich muss in Aus- und Fortbildung investiert werden.

Erweiterte Auskunftspflicht

Die erweiterten Befragungs-rechte und Auskunftspflichten erleichtern die polizeiliche Arbeit. Sie kann gerade im Hinblick auf TE-Bekämpfung ohne Einschalten der StA zur schnelleren Infor-mationsbeschaffung führen.

Generell bleibt anzumerken, dass der gesamte Entstehungs-prozess leider von den Verant-wortlichen nicht besonders professionell behandelt wurde. Sinn-volle Hinweise der GdP, der Opposition und der Datenschüt-zer wurden vorschnell beiseite gewischt, selbst deutliche Kritik

der hinzugezogenen Fachexper-ten wurde ignoriert. Verfassungs-rechtliche Zweifel wurden bewusst überhört – die Polizei ist jetzt gezwungen, die rechtlichen Unzulänglichkeiten mit verfas-sungsgemäßem und rechtskon-formem Leben zu füllen. Diese Aufgabe hätte der Gesetzgeber erledigen müssen. Schon jetzt bei der fachlichen Umsetzung der Gesetze am Anfang steht die Poli-zei vor dem Problem, angemes-sene und passende Bereiche zu definieren, in denen das Gesetz auch adäquat angewandt werden kann. Die Kritik der GdP mag unbequem gewesen sein, sie hat aber zu notwendigen Änderun-gen geführt bzw. genau die Pro-blempunkte benannt, die auch jetzt weiterhin von Rechtsexper-ten bemängelt werden. Darum haben wir jetzt ein Gesetz, das zwar in vielen Punkten hilfreich ist, aber leider noch einige Unsicher-heiten und Zweifel offen lässt ...

Der Landesbezirksvorstand

Nur Bildungsurlaub?

Vierzehn interessierte Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichen Sparten und Aufgabenbereichen machten sich Ende Mai auf den Weg nach Alt Töplitz, um Grundlagen gewerkschaftlicher Arbeit kennen zu lernen.

Alt Töplitz ist ein beschaulicher Ort in der Nähe von Potsdam. Diese Beschaulichkeit setzte sich aber nicht in der Seminararbeit fort. Kaum angekommen, wurden Themen wie „Was erwarte ich eigentlich von der

GdP?, Auf welchem Wege kann ich mehr Informationen meiner Gewerkschaft bekommen?, Was macht eigentlich ein Vertrauensmann und am Ende: Wie kann ich mitwirken?“ intensiv bearbeitet.

Zu kritischen aber auch kreativen Diskussionen trug auch die Fürsorge der Fam. Mohr bei, die neben reichhaltiger und vielfältiger Verpflegung auch für einen insgesamt angenehmen Rahmen sorgten.

Mitte der Woche nahm man sich die Zeit für einen Besuch in der Bundesgeschäftsstelle, um von Alberdina Körner in die Geheimnisse des TvöD einge-



Die Entlohnstabelle des TvöD

Herr John die Entwicklungen in der Berliner Polizei, deren Probleme und Aussichten.

Als Fazit des Seminars stand seitens der Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Erkenntnis: gewerkschaftliche Arbeit ist in schwierigen Zeiten wichtiger den je.

Es ist Zeit für Solidarität!

Jörn Clasen



Angenehme Seminaratmosphäre

wiesen zu werden. Der Bundesvorsitzende Konrad Freiberg ließ es sich danach nicht nehmen, seine Hamburger Kolleginnen und Kollegen zu begrüßen und im Rahmen eines kurzen Vortrags die derzeitige gewerkschaftliche Position auf Bundes-ebene zu verdeutlichen. Im Anschluss ergab sich die Mög-lichkeit, in Neu-Köln den Abschnitt 55 zu besuchen. Dort schilderte der Abschnittsleiter



Das obligate Gruppenbild in Neukölln

# Informationen für Senioren

**L**iebe Kolleginnen und Kollegen, es beginnt die Sommerpause und wir sehen uns erst am Dienstag, dem 11. 10. 2005, auf der Mitgliederversammlung im Personalrestaurant des Polizeipräsidioms wieder. Hier geht es dann um die Vorbereitung des Delegiertentages im Februar 2006. Erforderlich werden am 11. 10. 2005 folgende Wahlen:

1. Vorstand der Fachgruppe Senioren
2. Mitglieder für den Landesbezirkskontrollausschuss
3. Wahl der Delegierten
4. Vorschlag eines Mitgliedes für den gLBV

Die offizielle Einladung für diese Mitgliederversammlung erfolgt in der September-Ausgabe und ein weiterer Hinweis in der Oktober-Ausgabe. Trotzdem möchte ich bereits heute darauf hingewiesen haben, damit ihr euch Gedanken über eine evtl. Kandidatur bzw. darüber machen könnt, wen ihr für welche Position haben möchtet.

## Arbeitskreis Rente bereitet Klagen vor

Ferner möchte ich den Rentnern unserer Fachgruppe mitteilen, dass der „Arbeitskreis Rente“ im DGB beschlossen hat, gegen die geplante Nullrunde zum 1. 7. 2005 vorzugehen. Es sollen insgesamt sechs Musterklagen aus den verschiedenen Gewerkschaften geführt werden.

Wie auch bei den Beamten – eine Musterklage ist beim Bundesverfassungsgericht gelandet – werden die Musterklagen aus allen eingereichten Widerspruchsverfahren ausgewählt. Näheres hierzu



könnt ihr der Juni-Ausgabe der DEUTSCHEN POLIZEI im Bundesteil entnehmen.

Hierzu muss erst Widerspruch eingelegt werden. Einen entsprechenden Widerspruchsvorschlag könnt ihr in der GdP-Geschäftsstelle unter Tel.: 28 08 96-12 abfordern. Hiermit wird dann gleichzeitig gegen die Erhöhung des Krankenkassenbeitrages um 0,9 % für die Finanzierung des Krankengeldes protestiert, da Krankengeld nur für die Berufstätigen gezahlt wird.

## Informationen aus der letzten Mitgliederversammlung

Am 14. 6. 2005 war der Notar, Herr Dr. Ekkehard W. Nümann, in unserer Mitgliederversammlung. Während er uns im letzten Jahr bezüglich des Erbrechtes informiert hat, sprach er diesmal über die Bereiche

## Generalvollmacht, Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung.

Jeder von uns kann in die Lage kommen, dass er aus Alters- oder Gesundheitsgründen Hilfe bzw. Unterstützung benötigt. Fatal wird es immer dann, wenn man keine Regelungen getroffen hat und das Familiengericht dann amtliche Betreuer – auf Kosten des zu Betreuenden – einsetzt.

Auch wenn es hart klingt: Aber niemand von uns kann voraussehen, wie lange der „geistige Zustand“ ausreicht, dass eigene Entscheidungen noch anerkannt werden. Deshalb ist es wichtig,

rechtzeitig seine Angelegenheiten zu regeln und für den Eventualfall Personen seines Vertrauens einzusetzen.

## Ansprechpartner für Senioren

Hier nochmals der Hinweis: Die GdP-Fachgruppe Senioren hat für alle wichtigen Dinge eine Unterlage als Muster erstellt. Diese kann von Mitgliedern angefordert und selbst ausgefüllt werden.

Für die Kolleginnen und Kollegen, die hierfür einen Rat benötigen, stehen unsere ausgebildeten „Ansprechpartner für Senioren (APS)“ bereit. Sie können über Tel. 28 08 96-0 angefordert werden. Wir sind bereit, uns um unsere Mitglieder, die uns die Treue halten, zu kümmern.

Damit genug für heute. Der Fachgruppenvorstand Senioren wünscht allen einen schönen Sommer, herrlichen Urlaub und gute Gesundheit!

*Hans-Hermann Fritsche*

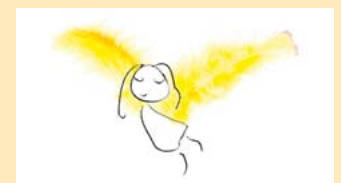
## AUSSTELLUNG

# Erzähl' mir was vom Tod

**E**ine interaktive Ausstellung über das Davor und Danach für Kinder ab 6 Jahre, Jugendliche und Familien. Bis zum 24. Juli 2005 ist diese Ausstellung noch in den Räumen des Helms-Museum in Hamburg-Harburg zu erleben.

Was ist eigentlich Leben? Was ist Tod? Und warum müssen wir alle sterben? Solche Fragen sind unbehaglich, und doch haben sich Menschen in allen Zeiten und Kulturen mit Geburt und Sterben auseinandergesetzt. Welche Rituale, Hoffnungen oder Ängste sie damit verbanden, das ist von Kultur zu Kultur und von Religion zu Religion verschieden. Jede Gemeinschaft hat eine eigene Art, den Sterbenden zu helfen, die Trauernden zu trösten und seine Toten zu bestatten. In unserer westlichen Gesellschaft, die von hoher Lebenserwartung und großen Erfolgen in der Medizin geprägt ist, hat sich die Einstellung zum Tod entscheidend gewandelt. Der Tod ist zum großen Tabu geworden. Jugendlichkeit und Erfolg sind

heute die bestimmenden Wertvorstellungen, in denen das Alter und der Tod keinen Platz haben.



Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 10 bis 17 Uhr.

Theateraufführungen und Lesungen sowie zahlreiche weitere Aktivitäten nach besonderer Ankündigung.

Die Ausstellung wird vom Großhamburger Bestattungsinstitut r.V. GBI sowie vom Friedhof Ohlsdorf unterstützt.

*Beate Trede, Presse- referentin des Helms-Museum*

FACHGRUPPE WASSERSCHUTZPOLIZEI

# Cargohose auch für die WS: 85% sind dafür!

**E**s war wohl nicht überraschend für den Fachgruppenvorstand WS, nachdem die Fragebögen der Bekleidungsfrage ausgewertet worden waren. Mit überwältigender Mehrheit sprachen sich die Kolleginnen und Kollegen der Wasserschutzpolizei für die Einführung einer Cargohose aus.

Von den im Schichtdienst tätigen Kolleginnen und Kollegen sprachen sich allein 85% für die Einführung der Cargohose aus.

Für die GdP (Fachgruppe WS) ist die Auswertung ein eindeuti-

ges Ergebnis und wird sich für die Einführung der Cargohose in der Wasserschutzpolizei einsetzen.

Der Fachgruppenvorstand wird das Ergebnis dem Leiter der

Wasserschutzpolizei sowie dem Polizeipräsidenten und dem Leiter der Landespolizeiverwaltung vortragen und bitten, dass eine maritime Cargohose auch im Bereich der Wasserschutzpolizei eingeführt wird.

Die Verantwortlichen werden ferner gebeten, Verhandlungen mit dem LZN in Niedersachsen und den beteiligten Küstenländern aufzunehmen, das evtl die Hose für alle Küstenländer eingeführt wird.

Die GdP Hamburg (Fachgruppenvorstand WS) wird ebenfalls Kontakt mit den GdP-Landesbezirken der Küstenländer aufnehmen um die Einführung der Cargohose voranzutreiben.

Der Fachgruppenvorstand WS dankt allen Kolleginnen und Kollegen für die Beteiligung an der Umfrage.

*Peter Leiste  
stellv. Landesvorsitzender*

# GdP-Fußballturnier der FG-WSP ein voller Erfolg!

**A**m 26. 5. 2005 fand von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr nach 15 (!) Jahren erstmals wieder ein GdP-Fußballturnier der FG-WSP statt. Organisiert wurde das Turnier von Wolfgang Schacht und Dieter Isermann.

Austragungsort war der PSV-Platz an der Sternschanze, gespielt wurde auf einem Kleinfeld nach den Regeln des HFV, Spiellänge 15 Minuten. Das Wetter spielte auch mit, den ganzen Tag schien die Sonne. Für Erfrischungsgetränke sorgte die FG-WSP. Gemeldet waren acht Mannschaften mit weit über 80 Kollegen: WSPK 1, WSPK 2, WSPK 3, WSP 22 I + II, WSP 21, WSPK 24/Zf und erfreulicherweise eine Mannschaft unserer FHÖV-Studenten. Gespielt

wurde zunächst in zwei Gruppen, anschließend im K.O.-System. Schon in der Vorrunde waren die Spiele auf hohem Niveau und außerordentlich fair. Dafür an dieser Stelle nochmals ein großes Lob an alle Beteiligten.

Im Halbfinale trafen dann die jeweils ersten und zweiten der Vorrunde aufeinander. Das WSPK 1 traf auf das WSPK 3, WSPK 24/Zf traf auf die Mannschaft der FHÖV. Beide Spiele waren sehr spannend und gingen jeweils ganz knapp aus. Letztlich setzten sich das WSPK 1 und die Mannschaft WSPK 24/Zf durch und bestritten das Finale. Im Spiel um Platz 3 unterlag die starke Mannschaft des WSPK 3 erst im 9-m-Schießen der Mannschaft der FHÖV. Das Finale war ebenso spannend und ging sehr knapp aus. Die Mannschaft WSPK24/Zf konnte sich in letzter Minute mit 1:0 gegen die starke Mannschaft des WSPK 1 durchsetzen. An die-



**Erfolgreiche Teams**

ser Stelle geht ein herzliches Dankeschön an die Schiedsrichter, die sich in ihren Leistungen nahtlos an das hohe Niveau der Spiele anpassen. Es wurde nur eine einzige gelbe Karte gezeigt.

Dank auch an WSPL/V, Hermann Martin, der es sich trotz enger Terminlage nicht nehmen ließ, alle Teilnehmer zu begrüßen und sich ein tolles Halbfinalspiel anzusehen. Zur Siegerehrung wurden dann die Pokale für die ersten drei durch Peter Leiste und Dieter Isermann überreicht.

Der Jubel der Sieger war entsprechend groß.

Jede teilnehmende Mannschaft erhielt eine Urkunde, GdP-T-Shirts und weitere kleine Aufmerksamkeiten, die vom stellv. Landesvorsitzenden Peter Leiste im GdP-Bus mitgebracht wurden. Insgesamt war es eine tolle Veranstaltung, die im nächsten Jahr mit Sicherheit eine Fortsetzung erhalten wird! Die FG-WSP freut sich schon darauf.

*Fachgruppe WSP*



**Um den dritten Platz: Das 9-Meter-Schießen**

### 70. Geburtstag

2. Juli 2005  
Armin Schmeling  
11. Juli 2005  
Werner Losse  
Charli Voigt  
14. Juli 2005  
Uwe Lehmann  
21. Juli 2005  
Ilse Reich

### 80. Geburtstag

4. Juli 2005  
Bruno Ladda  
6. Juli 2005  
Willy Wolff  
23. Juli 2005  
Heinz-Gerd Hell

### 85. Geburtstag

4. Juli 2005  
Günter Kollmorgen  
14. Juli 2005  
Walter Binek  
18. Juli 2005  
Emmi Kahl  
22. Juli 2005  
Werner Rossow  
25. Juli 2005  
Ingeborg Kunow  
29. Juli 2005  
Elisabeth Seehase

### 86. Geburtstag

12. Juli 2005  
Gerda Pfeiffer

### 87. Geburtstag

3. Juli 2005  
Wilma Rohloff  
4. Juli 2005  
Horst Röhlig

### 89. Geburtstag

28. Juli 2005  
Friedrich Pukowski

### 90. Geburtstag

14. Juli 2005  
Fritz Levetzow  
28. Juli 2005  
Helmut Koppke

### 91. Geburtstag

2. Juli 2005  
Franz Bart  
14. Juli 2005  
Helmut Helmcke  
17. Juli 2005  
Richardine Fassbender  
25. Juli 2005  
Käthe Thomsen  
31. Juli 2005  
Otto Arp

### 92. Geburtstag

25. Juli 2005  
Irene Fahrendorf

### 97. Geburtstag

2. Juli 2005  
Ludwig Stüven

### Zum wohlverdienten Ruhestand

30. Juni 2005  
Brigitte Wiegand Ang.e ZD 6202  
31. Juli 2005  
Klaus-Peter Leiste PHK WSP 21  
Rudolf-Hermann Zimmermann  
POK LBP 45/Siwa  
Wolfgang Jurgeleit PHK VD 52  
Franz Lewitz PHK LPS 33  
Michael Fuchs PK 38

## GEBURTSTAG

# Peter Leiste wird 60

**Jeder kennt ihn: Peter Leiste, lange Jahre aktiver und ständig präsenter Vorsitzender der Fachgruppe Wasserschutzpolizei wird am 9. Juli 60 Jahre jung.**

Viele weitere Aufgaben wie z. B. den stellvertretenden Landesvorsitz nimmt er im Rahmen seines nimmermüden Engagements für die Probleme der Kolleginnen und Kollegen wahr.

Ein so ruheloser und streitbarer Geist wird der GdP sicher noch lange treu bleiben.

Alles Gute, Peter!

*Jörn Clasen*



**Immer dabei: Peter Leiste**

Anzeige

**Gut beraten  
im Trauerfall  
Tag + Nacht**

**GBI**

Großhamburger  
Bestattungsinstitut rV  
Fuhlsbüttler Straße 735  
22337 Hamburg  
www.gbi-hamburg.de

☎ (040)24 84 00

## STERBEFÄLLE

22. März 2005  
Hildegard Schlüter Witwe (94)

4. Mai 2005  
Gertrud Stamm Witwe (90)

8. Mai 2005  
Hildegard Schimmelpfennig Witwe (94)

14. Mai 2005  
Elfriede Droste Witwe (89)  
Erika Gehl Witwe (87)

16. Mai 2005  
Michael Lange PHM PK 43 (45)

24. Mai 2005  
Hans-Joachim Bohnhoff PHM i. R. (76)

4. Juni 2005  
Otto Kofalk PHM i. R. (85)

5. Juni 2005  
Horst Wustrow Ang. i. R. (71)

*Wir werden den Toten ein ehrendes Andenken bewahren.*